

Stadt Vetschau/Spreewald

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	BV-StVV-059-09			
	AZ:	602-2-ro			
	Datum:	28.01.2009			
	Amt:	Bauamt			
	Verfasser:	Irena Roggatz			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
19.02.2009 Hauptausschuss					
26.02.2009 Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald					
Betreff Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebühren (Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung)					

Beschluss:

Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Erhebung von Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebühren (Straßenreinigungs- und Winterwartungsgebührensatzung)

Auf Grund der §§ 3 und 28 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I/08, S. 202), der §§ 1,2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02. Oktober 2008 (GVBl. I/08, S. 218) sowie des § 49a des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2005 (GVBl. I/05, S. 218), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Oktober 2008 (GVBl. I/08, S. 265) und § 5 der Straßenreinigungssatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 23.09.2008, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald in der Sitzung am 26.02.2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsgebühren

(1) Die Stadt erhebt für die von ihr nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung durchgeführte Straßenreinigung und Winterwartung der Fahrbahnen der öffentlichen Straßen Benutzungsgebühren nach § 6 KAG in Verbindung mit § 49a Abs. 5 Nr. 3 BbgStrG.

(2) Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Interesse an der Straßenreinigung und Winterwartung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebührenpflicht nicht besteht, trägt die Stadt.

§ 2

Gebührenmaßstab und Gebührensatz

(1) Maßstab für die Benutzungsgebühr sind die Grundstücksseite des Grundstücks entlang der Straße, durch die das Grundstück erschlossen ist (Frontlänge), die Straßenart und die Reinigungszeiträume; Festlegungen dazu trifft die Anlage, welche Bestandteil dieser Satzung ist.

Grenzt ein durch die Straße oder den selbständigen Gehweg erschlossenes Grundstück (Hinterliegergrundstück) nicht an diese Straße, so wird an Stelle der Frontlänge die der Straße zugewandte Grundstücksseite zugrunde gelegt. Als der Straße zugewandt im Sinne des Satzes 2 gilt eine Grundstücksseite, wenn sie parallel oder in einem Winkel von weniger als 45° zur Straße verläuft. Grenzt ein durch die Straße erschlossenes Grundstück nicht an diese Straße und weist es im Übrigen keine ihr zugewandte Grundstücksseite auf, so wird die Frontlänge

bzw. Grundstücksseite zugrunde gelegt, die sich bei einer gedachten Verlängerung dieser Straße in gerader Linie ergeben würde.

(2) Wird ein Grundstück von mehreren zu reinigenden Straßen erschlossen, so sind von jeder der erschließenden Straßen entsprechend Absatz 1 die in Betracht kommenden Grundstücksseiten zu ermitteln. Bei abgeschrägten oder abgerundeten Grundstücksgrenzen wird der Schnittpunkt der geraden Verlängerung der Grundstücksgrenzen zugrunde gelegt.

(3) Bei der Feststellung der Grundstücksseiten nach den Absätzen 1 und 2 werden Bruchteile eines Meters bis zu 50 cm einschließlich abgerundet und über 50 cm aufgerundet. Außerhalb der geschlossenen Ortslage werden nur bebaute Grundstücke veranlagt.

Nicht zur anrechnungsfähigen Grundstücksseite gehören landwirtschaftliche Nutzfläche Grünland, landwirtschaftliche Nutzfläche Ackerland und Wald.

(4) Bei einer 4-wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn durch die Stadt beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind
... Euro.

(5) Bei einer 8-wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn durch die Stadt beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind
... Euro.

(6) Bei einer Reinigung der Fahrbahn nach Erfordernis durch die Stadt (voraussichtlich zwei Reinigungen jährlich) beträgt die Benutzungsgebühr je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3) jährlich:

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind
... Euro.

(7) Wird die Winterwartung der Fahrbahn durch die Stadt ausgeführt, so beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3):

- für Straßen, die als Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen, Hauptverkehrsstraßen, als verkehrsberuhigte Bereiche eingestuft sind
... Euro.

(8) Die Zugehörigkeit einer Straße zu den in den Absätzen 4, 5, 6 und 7 genannten Straßenarten sowie die Reinigungszeiträume ergeben sich aus der Anlage nach § 2 Abs. 1.

§ 3 Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des erschlossenen Grundstücks. Besteht für das Grundstück ein Erbbaurecht oder ein Nutzungsrecht für die in § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes genannten natürlichen oder juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, so tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers der Erbbauberechtigte oder der Nutzungsberechtigte.
Bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen nimmt derjenige die Pflichten des Eigentümers wahr, der die tatsächliche Sachherrschaft über das Grundstück ausübt.

(2) Mehrere Gebührenpflichtige haben als Gesamtschuldner zu leisten.

(3) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Gebührenpflichtige vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Kalendermonat der Rechtsänderung folgt. Der Eigentumswechsel ist durch den bisherigen und durch den neuen Gebührenpflichtigen der Stadt anzuzeigen und nachzuweisen.

(4) Die Gebührenpflichtigen haben auf Anforderung alle für die Berechnung der Benutzungsgebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das jeweils betroffene Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 4

Begriff des Grundstücks

(1) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt das im Grundbuch eingetragene Grundstück (Buchgrundstück). Bilden mehrere Grundstücke eine wirtschaftliche Einheit, so kann, unabhängig von der Eintragung im Grundbuch und im Liegenschaftskataster, auch das einheitliche Grundstück, als zusammenhängender Grundbesitz, das demselben Eigentümer gehört, betrachtet werden.

(2) Als erschlossen im Sinne dieser Satzung gilt ein Grundstück, wenn es rechtlich und tatsächlich eine Zugangsmöglichkeit oder Zufahrtsmöglichkeit zur Straße hat und dadurch eine innerhalb geschlossener Ortslagen der Stadt Vetschau/Spreewald übliche und sinnvolle wirtschaftliche Grundstücksnutzung ermöglicht wird.

Das gilt in der Regel auch, wenn das Grundstück durch Anlagen wie Gräben, Böschungen, Grünanlagen, Mauern oder in ähnlicher Weise von der Straße getrennt ist. Liegt Wohnungseigentum oder Teileigentum vor, so ist das gesamte im Grundbuch erfasste Grundstück maßgebend.

§ 5

Entstehen, Änderung und Fälligkeit der Benutzungsgebühren

(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der satzungsmäßigen Reinigung der Stadt Vetschau/Spreewald folgt. Sie erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die satzungsmäßige Reinigung der Stadt Vetschau/Spreewald endet. Die Gebühr wird als Jahresbetrag erhoben.

(2) Die Gebühren werden zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

(3) Abweichend von Absatz 2 werden die Gebühren wie folgt fällig,

- a) am 15. August in einem Jahresbetrag, wenn dieser fünfzehn Euro nicht übersteigt;
- b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte des Jahresbetrages, wenn dieser mehr als fünfzehn Euro beträgt und dreißig Euro nicht übersteigt;
- c) einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides für zurückliegende Zeiträume.

(4) Auf Antrag des Gebührenpflichtigen kann die Gebühr abweichend von Absatz 2 oder Absatz 3 Buchstabe a und b am 01. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden.

Der Antrag muss spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden.

(5) Ändern sich die Grundlagen für die Berechnung der Gebühr, so mindert oder erhöht sich die Benutzungsgebühr vom Ersten des Monats an, der der Änderung folgt. Falls die Reinigung aus zwingenden Gründen für weniger als 5 Wochen in der Zeit vom 01.04. – 30.10. des Jahres eingestellt werden muss, besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung.

(6) Die Benutzungsgebühren für die Straßenreinigung und Winterwartung werden mit dem Veranlagungsbescheid über Steuern und Abgaben festgesetzt.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 (4) als Gebührenpflichtiger die verlangten Auskünfte nicht, nicht vollständig oder unrichtig für die Berechnung der Gebühren erteilt.

2. entgegen § 3 (3) den Eigentumswechsel als bisheriger bzw. als neuer Gebührenpflichtiger der Stadt nicht anzeigt und nicht nachweist.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße in einer Höhe von fünf Euro bis eintausend Euro geahndet werden.

(3) Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Hauptverwaltungsbeamte.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft.

Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft:

1. Gebührensatzung für die Straßenreinigung einschließlich Winterwartung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 18.11.2002
2. Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald zur Änderung der Straßenreinigungssatzungen und Straßenreinigungsgebühren- bzw. Winterwartungsgebührensatzungen vom 24.11.2004
3. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 07.12.1994 der Gemeinde Göritz
4. Erste Änderung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 08.12.1995 der Gemeinde Göritz
5. Zweite Satzung vom 23.11.2001 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 07.12.1994 der Gemeinde Göritz
6. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 14.11.2001 der Gemeinde Koßwig
7. Gebührensatzung für die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Laasow vom 12.02.2001
8. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 18.01.1995 der Gemeinde Naundorf
9. Erste Satzung vom 07.01.2002 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 18.01.1995 der Gemeinde Naundorf
10. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Missen vom 05.02.1997
11. Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Missen vom 29.04.1998

12. Zweite Satzung vom 14.11.2001 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Missen vom 05.02.1997
13. Gebührensatzung für die Winterwartung der Gemeinde Raddusch (Winterwartungsgebührensatzung Raddusch) vom 05.12.2002
14. Erste Satzung vom 03.07.2003 zur Änderung der Gebührensatzung für die Winterwartung der Gemeinde Raddusch (Winterwartungsgebührensatzung Raddusch)
15. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 25.10.1994 der Gemeinde Repten
16. Erste Satzung vom 18.12.2001 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Winterwartungsgebühren vom 25.10.1994 der Gemeinde Repten
17. Gebührensatzung für die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Stradow vom 27.09.1999
18. Erste Satzung vom 24.05.2000 zur Änderung der Gebührensatzung für die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Stradow
19. Zweite Satzung vom 14.11.2001 zur Änderung der Gebührensatzung für die Erhebung von Winterwartungsgebühren der Gemeinde Stradow vom 27.09.1999
20. Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Ogrosen vom 11. Oktober 1993
21. Erste Änderungssatzung vom 18.04.1994 zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Gemeinde Ogrosen vom 11. Oktober 1993
22. Zweite Satzung vom 12.10.2001 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Gemeinde Ogrosen vom 11. Oktober 1993
23. Dritte Satzung vom 11.06.2003 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Gemeinde Ogrosen vom 11. Oktober 1993
24. Gebührensatzung für die Straßenreinigung einschließlich Winterwartung der Gemeinde Suschow vom 25.11.2002

Anlage

Straßenreinungsverzeichnis gemäß § 2 Abs. 1

Vetschau/Spreewald,

Axel Müller
Bürgermeister

Beschlussbegründung:

Mit der Straßenreinigungssatzung der Stadt Vetschau/Spreewald vom 23.09.2008 wurde ein gleiches Ortsrecht für die Stadt und für die Ortsteile zur Reinigung einschließlich Winterwartung der öffentlichen Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage geschaffen.

Die Reinigung bzw. Winterwartung außerhalb der geschlossenen Ortslage gilt gemäß vorgenannter Satzung auch für bebaute Grundstücke (siehe Anlage nach § 2 Abs. 1, die an öffentliche Straßen angrenzen).

Dieser Satzungsbeschluss war die Grundlage für die Ausschreibung der Straßenreinigung und Winterwartung im 2. Halbjahr 2008, die ab 01.01.2009 für eine Dauer von 3 Jahren neu zu vergeben waren.

Gemäß § 6 (3) sind die Benutzungsgebühren des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) spätestens alle zwei Jahre zu kalkulieren.

Die letzte Kalkulation fand für die Satzung der Stadt Vetschau/Spreewald zur Änderung der Straßenreinigungssatzungen und Straßenreinigungsgebühren- bzw.

Winterwartungsgebührensatzungen vom 24.11.2004 statt.

Gemäß § 49a (5) BbgStrG sind die Gemeinden berechtigt,

1. Art und Umfang der Reinigung zu bestimmen und die Reinigung auf solche öffentlichen Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage auszudehnen, an die bebaute Grundstücke angrenzen.

2. die Reinigungspflicht ganz oder teilweise den Eigentümern der erschlossenen Grundstücke aufzuerlegen und

3. die Eigentümer der erschlossenen Grundstücke nach Maßgabe des KAG zu Benutzungsgebühren heranzuziehen.

Als Gebührenmaßstab wird seitens der Verwaltung der Frontlängenmaßstab eingebracht.

Auf Grund des Vorgenannten und der Auswertung der Betriebsabrechnungsbögen der kosten rechnenden Einrichtungen - Straßenreinigung und Winterwartung der öffentlichen Straßen - ist eine Kalkulation der Benutzungsgebühren erforderlich.

Die Kalkulation mit den berechneten Gebührensätzen wird spätestens bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachgereicht.

Die Gebühren sollen ab 01.01.2009 rückwirkend erhoben werden.

Nach überschlägiger Berechnung ist für 2009 und 2010 auf Grund der Ausschreibungsergebnisse zur Straßenreinigung und zum Winterdienst, der BABs, der sich daraus ergebenden Kostenüberdeckungen mit folgenden Gebühreneinnahmen zurechnen:

Straßenreinigung, ca. 3.000,00 € (nur gering wegen Kostenüberdeckung)

Winterwartungsgebühren, ca. 129.00,00 €

Im Amtsblatt für die Stadt Vetschau/Spreewald „Neue Vetschauer Nachrichten“, Nr. 1/2009 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung der Stadt Vetschau/Spreewald über die Festsetzung der Straßenreinigungsgebühren und Winterwartungsgebühren für das Kalenderjahr 2009.

In dieser Bekanntmachung wurde u. a. darauf verwiesen, dass diese Gebührensätze nach vorgenannter Satzung vom 24.11.2004 vorerst auch für das Jahr 2009 gelten und es wurde mitgeteilt:

„...Im Laufe des Jahres 2009 wird eine neue Gebührensatzung zur Straßenreinigung und Winterwartung zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach Beschlussfassung und Veröffentlichung derselben, werden von Amts wegen Änderungsbescheide erlassen, welche dem neuen Satzungsrecht entsprechen...“.

Die Gebührenpflichtigen wurden somit über den bevorstehenden Satzungsbeschluss informiert.

Nach § 6 (1) KAG i.V. mit § 49a BbgStrG sind Benutzungsgebühren zu erheben, wenn die Einrichtung/Leistung von bestimmten Personen bzw. Personengruppen genutzt wird. Davon konnte der Bürger ausgehen.

Ein Vertrauensschutz wird bezüglich des rückwirkenden Inkrafttretens somit nicht verletzt.

Finanzielle Auswirkungen: ja

AUSGABEN:

EINNAHMEN: X

BETRAG:

BETRAG: 132.000,00 €

Deckung:

PLANMÄßIG:

HHST:

67500-11000 (Winterwartungsgebühren)

67500.11001 (Straßenreinigungsgebühren)

ÜBERPLANMÄßIG:

AUßERPLANMÄßIG:

MEHREINNAHMEN BEI HHST:

MINDERAUSGABEN BEI HHST:

Stellungnahme Finanzverwaltungsamt:

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------